B009: Soziale, personenbezogene und haushaltsnahe Dienstleistungsberufe aufwerten – den Wert der Arbeit für Menschen anerkennen!

Laufende Nummer: 011

Antragsteller/in:	DGB-Bundesfrauenausschuss
Empfehlung der ABK:	Annahme
Sachgebiet:	B - Arbeit der Zukunft und soziale Sicherheit

Soziale, personenbezogene und haushaltsnahe Dienstleistungsberufe aufwerten – den Wert der Arbeit für Menschen anerkennen!

Der DGB-Bundeskongress beschließt:

1 Trotz des demografischen Wandels, der steigenden Frauenerwerbstätigkeit und der verstärkten
2 Nachfrage nach qualifizierten Fachkräften sind Beschäftigte in sozialen, personenbezogenen und
3 haushaltsnahen Dienstleistungen schlechten Arbeitsbedingungen und niedrigen Einkommen ausgesetzt.
4 Insbesondere ihr niedriger Lohn ist Ausdruck mangelnder gesellschaftlicher Anerkennung und
5 Wertschätzung ihrer Tätigkeiten. Die gesellschaftliche und finanzielle Aufwertung ist längst
6 überfällig!

7 Aus gleichstellungspolitischer Sicht ist die Aufwertung von sozialen, personenbezogenen und
8 haushaltsnahen Dienstleistungsberufen aus zwei Gründen von großer Bedeutung: Zum einen ist ein
9 qualitativ hochwertiges Angebot an professioneller Kinderbetreuung und Pflege sowie die
10 Unterstützung im Haushalt Voraussetzung für die Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern mit
11 Fürsorgeverantwortung; sie werden von Erziehungs- und Pflegeleistungen sowie von Hausarbeit
12 entlastet, Zeitressourcen für Erwerbsarbeit entstehen. Zum anderen beträgt der Anteil der Frauen in
13 sozialen, personenbezogenen und haushaltsnahen Dienstleistungen über 80 Prozent. Die finanzielle
14 Aufwertung ist also ein wichtiger Schritt hin zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen am
15 Arbeitsmarkt, zur Überwindung der Entgeltlücke zwischen Frauen und Männern und zur eigenständigen
16 Existenzsicherung von Frauen im Erwerbsleben und im Alter.

17 Der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert,

- 18 • eine gesellschaftliche und finanzielle Aufwertung sozialer, personenbezogener und
19 haushaltsnaher Dienstleistungen.
- 20 • den Wert professioneller sozialer, personenbezogener und haushaltsnaher Dienstleistungen
21 anzuerkennen.
- 22 • den Wert privater, unentgeltlich geleisteter Sorgearbeit stärker anzuerkennen.

23 Um die Arbeitsbedingungen und damit die Attraktivität von sozialen, personenbezogenen und 24 haushaltsnahen Dienstleistungen zu verbessern, fordert der Deutsche 25 Gewerkschaftsbund die Gesetzgeber auf Bundes- und Landesebene auf,

- 26 • die (vollzeitschulische) Ausbildung zu reformieren mit dem Ziel, die Ausbildung kostenfrei zu
27 gestalten, Ausbildungsvergütungen (einschließlich sozialer Absicherung in der

28 Arbeitslosenversicherung) einzuführen, unter bestimmten Voraussetzungen Möglichkeiten zur
29 Verkürzung der Ausbildung zu schaffen und Teilzeitausbildung anzubieten. Hierbei muss die
30 Rahmenvereinbarung der Kultusministerkonferenz über Fachschulen als Standard erhalten bleiben.

- 31 • Weiterbildung in diesen Berufen so zu gestalten, dass ein transparentes und modulares System
- 32 Aufstiege ermöglicht. Eine finanzielle Förderung der Weiterbildung muss gewährleistet werden.
- 33 • einen größeren Anteil des Bruttoinlandsprodukts in soziale und personenbezogene
- 34 Dienstleistungen zu investieren.
- 35 • vollzeit(-nahe) Arbeitsplätze anzubieten, die ein existenzsicherndes Einkommen ermöglichen.
- 36 • eine angemessene Personalbemessung zu gewährleisten, um die Gesundheit der Beschäftigten sowie
- 37 die Qualität der Arbeit sicherzustellen.

38 **Um Gute Arbeit in sozialen, personenbezogenen und haushaltsnahen Dienstleistungsberufen zu**
39 **verwirklichen, fordert der DGB-Bundeskongress den DGB-Bundesvorstand und die DGB-**
40 **Mitgliedsgewerkschaften auf,**

- 41 • die gesellschaftliche Debatte zur Aufwertung mit gewerkschaftlichen Mitteln voranzutreiben.
- 42 • Schnittstellen zu anderen Themen und Arbeitsfeldern zu nutzen (z. B. Tarifrunden, Stellenwert
- 43 öffentlicher Dienstleistungen, Arbeit 4.0, Arbeitszeit), um die Aufwertung sozialer,
- 44 personenbezogener und haushaltsnaher Dienstleistungsberufe durchzusetzen.
- 45 • auf den Abbau psychosozialer Belastungen hinzuwirken und sie als Bewertungskriterium in
- 46 Tarifverträgen zu berücksichtigen.

Begründung

Die Bedeutung sozialer Dienstleistungen wächst – auch angesichts der Digitalisierung des Arbeitsmarktes. Während Berufen und Branchen in der Produktion eine hohe Substituierungsrate zugeschrieben wird, werden soziale und personenbezogene Dienstleistungen als Zukunftsbranche gehandelt. Gepaart mit dem demografischen Wandel ist die Nachfrage schon jetzt enorm: Soziale und personenbezogene Dienstleistungsberufe haben einen Arbeitsmarktanteil von rund 18 Prozent. Für die Zukunft wird von einer noch stärkeren Nachfrage ausgegangen: Allein in der Pflege wird für das Jahr 2030 ein Fachkräftebedarf von bis zu 500.000 Vollzeitstellen vorausgesagt. Es ist höchste Zeit die Attraktivität der Dienstleistungsberufe durch bessere Bezahlung und bessere Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen zu erhöhen – für die Beschäftigten und gegen den Fachkräftemangel. Schon länger wird die finanzielle und gesellschaftliche Aufwertung sozialer, personenbezogener und haushaltsnaher Dienstleistungen diskutiert. Doch noch immer bleiben deren Wertschätzung und deren Anerkennung hinter den Berufen im produzierenden Gewerbe zurück. So liegt z. B. das Einkommen von vollzeitbeschäftigten Fachkräften im Bereich der sozialen Dienstleistungen (Kindertagesbetreuung, Grundschulen und Pflege) mit 520 Euro bis 1.280 Euro monatlich unter dem der Beschäftigten in der Kraftfahrzeugproduktion. In den haushaltsnahen Dienstleistungen drückt sich die fehlende Anerkennung in prekärer Beschäftigung aus: Minijobs, prekäre Soloselbstständigkeit und

irreguläre Arbeit ohne soziale Absicherung dominieren diesen Sektor. Die Bezahlung der Arbeit mit und für Menschen orientiert sich am Charakter eines „Nebenverdienstes“ – trotz hochwertiger Ausbildung und beruflicher Professionalität.

Die geringe Wertschätzung sozialer und personenbezogener Dienstleistungen schlägt sich bereits in der Ausbildung nieder. Junge Menschen in vollzeitschulischer Ausbildung haben handfeste Nachteile im Vergleich zu denjenigen in dualer Ausbildung: zumeist keine Ausbildungsvergütung, keine soziale Absicherung in der Arbeitslosenversicherung, keine Übernahmemöglichkeiten im Ausbildungsbetrieb. Länderübergreifende einheitliche Regelungen zur Ausbildung in Teilzeit fehlen. Zudem nimmt die Zahl privater Ausbildungsträger zu, die Schulgeld verlangen.

Im Erwerbsleben angekommen setzen sich die Nachteile in der Weiterbildung fort. Die beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten sind begrenzt, es gibt keine aufeinander aufbauenden Weiterbildungsoptionen, die zu höheren Abschlüssen führen. Eine Finanzierung kann zwar durch Gutscheine der Bundesagentur für Arbeit erfolgen, die aber können fehlende kontinuierliche, betriebliche Förderung nicht ersetzen. Die Folge: Soziale und personenbezogene Dienstleistungen gelten oft als Sackgassenberufe.

Hinzu kommt die hohe physische und psychische Arbeitsbelastung, die durch die mangelnde Personalbemessung zunimmt. Die physischen und psychischen Belastungen führen zu einer überdurchschnittlich hohen Anzahl an Arbeitsunfähigkeitstagen. Gleichzeitig werden die Anforderungs- und Tätigkeitsprofile immer anspruchsvoller: Im Erziehungsbereich beispielsweise gehören Bildungs- und Sprachpläne, Kinderschutz, Umsetzung der Inklusion, Förderung und Integration von Flüchtlingskindern zum Arbeitsalltag von Erzieherinnen und Erziehern.